

10. Landesparteitag in Leipzig

Um es vorweg zu nehmen, der am Sonnabend, dem 16. November 2013, in Leipzig stattgefundene Landesparteitag hatte zu mindestens für mich eine doch gute Atmosphäre, die auch in den persönlichen Gesprächen davon geprägt war, dass wir gemeinsam voranschreiten müssen und die Chancen, die sich aus der zu erwartenden großen Koalition ergeben, nutzen müssen.

Im Gegensatz zu den gleichzeitig stattfindenden Parteitag der SPD ebenfalls in Leipzig und der dort in den Messehallen stattfand, entsprachen denen von uns genutzten Räumlichkeiten des „Alten Landratsamtes“ in der Nähe des Hauptbahnhofes unseren bescheideneren Anspruch an Tagungsräume, was wohl auch unseren bescheideneren finanziellen Mitteln geschuldet ist. Jedoch sei dazu angemerkt, dass wir im Vogtland für dasselbe Geld wahrscheinlich doch Räume bekommen, in denen die Delegierten nicht ganz so beengt beieinandersitzen müssen. Auch die Arbeitsbedingungen zum Beispiel für die Antrags- und Redaktionskommission waren doch eher sehr bescheiden, da der dafür vorgesehene „Raum“ nur durch eine Stoffbahn vom Tagungssaal getrennt war. Auch die Verkürzung des Landesparteitages auf einen Tag haben viele Delegierte nicht als optimal empfunden.

Zwei Themen dominierten diesen Landesparteitag. Die beiden anderen Themen, die kommunalpolitischen und die europapolitischen Leitlinien wurden zwar immer wieder als richtig und wichtig herausgestellt, bewegten jedoch die Delegierten nur mäßig, was insbesondere daran zu erkennen war, dass dazu eine intensive Debatte nicht stattfand.

Eines der dominierenden Themen war die Wahl Spitzenkandidaten für die anstehende Wahl zum Sächsischen Landtag. Obwohl Katja sich für Rico enorm ins Zeug legte und auch ich davon ausgehe, dass ein starkes Ergebnis für unseren Spitzenkandidaten eine positive politische Außenwirkung entfaltet hätte, fiel das Ergebnis mit 64 % doch sehr mager. Rico nahm es trotzdem mit Fassung. Auch konnte ich nachfolgend im Videotext des MDR, der einzige Fernsehsender der davon überhaupt Notiz nahm, nur eine allgemeine nichtssagende Information über die Wahl unseres Spitzenkandidaten finden. Olaf und meiner Einschätzung, dass in zwei Tagen über das Wahlergebnis keiner mehr reden werde und wir daher uns auf den Wahlkampf konzentrieren sollten, wurde daher bereits am Sonntag bestätigt.

Die noch intensivere und streitigere Diskussion fand zu den Ausstellungsrichtlinien zur Landesliste zur Landtagswahl statt. Hier standen zunächst drei verschiedene Vorschläge im Raum wobei der Vorschlag des Landesvorstandes kurz beschrieben werden konnte als eine Wahl der ersten 20 Listenplätze im Block nach dem zuvor mit dem Spitzenkandidaten, den Kreisvorsitzenden, dem Landesrat und Landesvorstand sowie dem Fraktionsvorstand abgestimmten Kandidaten. Dabei sollten sowohl die Jugendquote, die Vertretung der einzelnen Kreisverbände, die Erneuerungsquote und natürlich die Mindestquotierung sich in diesen Wahlvorschlag wiederfinden.

Dagegen regte sich insbesondere dergestalt Widerstand, dass diese Listenblockwahl, sogenanntes „Eilenburger Verfahren“, gegen die Bundeswahlordnung verstoße, welche in ihren §§ 5

und 6 nur entweder eine Einzelwahl oder eine Gruppenwahl vorsieht. Der Landesvorstand hat, um diesen Bedenken entgegenzutreten, ein Änderungsantrag eingebracht, der vorsah, für die Aufstellung des von ihr vorgesehenen gereihten Listenvorschlages bis zum Listenplatz 20 den Listenvorschlag durch Änderungsvorschläge anzupassen und erst diesen angepassten Listen Vorschlag dann zur Abstimmung zu stellen.

Der Vorschlag von Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Bautzen, nicht des Kreisverbandes Bautzen an sich, worauf sehr großen Wert gelegt wurde, sah demgegenüber vor, dass entsprechend dem Wahlverfahren zur Vorbereitung der Bundes- und Landtagswahl 2009, die Abstimmungen für die Listenplätze 2 bis 6, 7 bis 12 ... und 25 bis 30 in Einzelwahl parallel stattfinden sollten.

Die Bautzener Einreicher zogen ihren Vorschlag zu Gunsten des Vorschlages von Jens Matthis zurück, der vorsah, dass die Landesvertreterinnenversammlung sich entscheiden müsse, ob sie die Listenplätze 1-30 in Einzelwahl nach § 5 WO oder nach § 6 WO als Gruppenwahl durchführen will.

Da dieser Vorschlag dem Vorschlag des Landesvorstandes in der offenen Abstimmung unterlag, kündigte Genosse Matthis an, diesen durch die Schiedskommission sofort prüfen zu lassen, damit das Aufstellungsverfahren dann, wenn es genutzt wird, auch rechtssicher ist. - Es bleibt also spannend.

Thomas Höllrich - Reichenbach

aus dem Inhalt:	Komische Post vom Landratsamt.....	Seite 3
	Lichter für Kubas Kinder.....	Seite 4
	Plauen: Gedenken an Pogromnacht.....	Seite 5
	Offener Brief an Frau Merkel.....	Seite 7

DEMOGRAFISCHER WANDEL AUCH IM VOGTLAND

Die Kreistagsfraktion informiert

Unter der Thematik „Leben im ländlichen Raum - Erkenntnisse und Anforderungen“ führte die Kreistagsfraktion gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e.V. eine Weiterbildungsveranstaltung durch. Eingeladen dazu waren die Mitglieder der Kreistagsfraktion und alle Mandatsträger der LINKEN der Städte und Gemeinden. Grundlage dafür war die Antwort der Staatsregierung auf eine Große Anfrage der Linksfraktion im Sächsischen Landtag zu dieser Thematik. Wenn auch von über 100 Fragen nur ein Viertel beantwortet wurde, war die Schiefelage zwischen den Großstädten und dem ländlichen Raum deutlich.

Als Referenten waren Heidemarie Lüth, ehemalige Bürgermeisterin für Gesundheit und Soziales in Chemnitz, und Karin Brummer aus Böhlen eingeladen. Sie führten eine Studie zu „ausgewählten Lebensbedingungen von Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum“ in ihrem Landkreis Leipzig durch, über deren Ergebnisse sie uns informierten.

Betrachten wir Sachsen, so sind 83% ländlicher Raum, und 50% der Bevölkerung leben dort. Der Anteil der älteren Bevölkerung steigt und der der Jugend wird dramatisch weniger. Für das Vogtland ist bis 2020 ein Sinken der Bevölkerung von 18,9% errechnet. Damit liegen wir über dem sächsischen Durchschnitt von 18,2%. Daraus ergeben sich Fragen und Konsequenzen für alle Lebensbereiche, so die Infrastruktur (Straßenaus- oder rückbau), öffentliche Daseinsfürsorge (ärztliche und medizinische Versorgung), Öffentlichen Personennahverkehr (Anbindung an zentrale Orte), Versorgungssicherheit (Strom und Wasser), Bildung und Schulen (Schulstandorte und Schülerbeförderung), aber auch der Handel und Dienstleistungen sind davon nicht ausgenommen.

Die Lasten der ländlichen Bevölkerung werden sich in allen Lebensbereichen drastisch erhöhen. Für uns steht die Frage: Wollen wir auch zukünftig ein Leben auf dem Lande? Wollen wir Zug im ländlichen Raum? Wenn wir das

mit Ja beantworten, dann müssen wir uns zwingend diesen Anforderungen stellen.

Das Konzept 2020 des Vogtlandkreises ist von uns mitzugestalten, mit Vorschlägen und Forderungen an die Verwaltung. Der Spagat zwischen Wunsch und Realität wird dabei, wie im persönlichen Leben, unser ständiger Begleiter sein.

Diesen Anforderungen müssen sich sowohl die Kreistagsfraktion als auch die Stadt- und Gemeinderäte stellen. Darauf wollen und müssen wir unsere Wahlprogramme für die Kommunalwahl im nächsten Jahr ausrichten. Freiwillige bei der Erarbeitung und Ausgestaltung sind herzlich willkommen.

Karin Höfer - Reichenbach, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag

DUMPINGLÖHNE

trauriges Markenzeichen des Freistaates Sachsen

Nach Ansicht des DGB müsste die Erteilung öffentlicher Aufträge an zeitgemäße Tarif-, Sozial und Ökostandards gebunden sein. Nur so wäre Lohndumping auszuschließen und eine hohe Qualität von Leistungen und Produkten gewährleistet. Am 30.01.2013 hat der Sächsische Landtag das neue Landesvergabegesetz der CDU/FDP-Koalition beschlossen. Die Landesregierung verzichtet „auf den Zwang zu jeglichen sachfremden gesellschaftspolitischen, sozialen und ökologischen Auflagen.“ Damit sind Dumpinglöhne vorprogrammiert und Tariflohn zahlender Unternehmen werden ausgebremst.

Mit solchen Gesetzen ist und bleibt Sachsen das von Westkonzernen hoch gelobte Billiglohnland unter den deutschen Bundesländern. Der Staatsregierung ist es egal, ob mittelständige und kleinere Handwerksbetrieb krachen gehen. Die Auftragsvergabe der Wäscheleistungen des vogtländischen Klinikums Rodewisch an den Berendsen Großkonzern ist ein typisches Bei-

spiel dafür: Der Berendsen-Konzern hat für den sogenannten Healthcare-Bereich, das heißt für die gesundheitlichen Dienstleistungen; im vergangenen Jahr sämtliche mit der IG Metall abgeschlossenen Tarifverträge gekündigt. Laut Gewerkschaft fordert die Geschäftsleitung von den Beschäftigten unter anderem den Abbau der Stundenlöhne.

Bei Berendsen in Neustadt/Orla hat die Geschäftsführung laut IG Metall zwei Drittel der Belegschaft erpresst, auf die Forderungen einzugehen. Ein

Drittel hat sich gewehrt und gegen die ausgesprochene Kündigung geklagt. „Berendsen hat seine Forderungen mit sehr unfairen Mitteln durchgesetzt.“, hieß es in der Freien Presse. Da konnte das vogtländische Unternehmen Textilpflege GmbH Auerbach als Bieter bei der Ausschreibung natürlich nicht mithalten und der lukrative Großauftrag ging an Berendsen.

Es wäre falsch, dem Vogtlandkreis die Schuld zu geben. Die Kreisräte konnten aufgrund der von der Staatsregierung zu verantwortenden Rechtslage gar nicht anders entscheiden, sonst hätte Berendsen den Auftrag beim Vergabegericht eingeklagt. Fehlende Arbeitsplätze, den Kommunen entgangene Steuern sowie niedrige Kaufkraft sind die Folgen der sächsischen Vergabepolitik. Es bewahrheitet sich wieder einmal: geltendes Recht hat mit Gerechtigkeit oftmals rein gar nichts zu tun.

Dieter Riedler - Leubnitz



© Bild: Stefan Bayer / pixelio.de

KOMISCHE POST VOM LANDRATSAMT

Teil 1: Die Vorgeschichte

Vor allem geht es ums Geld, um die Müllgebühren für die Vogtländer. Als unser Hausmüll noch auf Deponien abgelagert werden durfte, war das unkompliziert. Die Kosten waren planbar und überschaubar, das Risiko einer Kostenexplosion bestand nicht. Als aber durch Gesetz vorgeschrieben wurde, dass Müll vorzubehandeln ist, waren Entscheidungen nötig: „Müllverbrennung oder mechanisch-biologische Behandlung“ und „eigene Anlage bauen oder Hausmüllentsorger auf dem freien Markt suchen“.

Die Entscheidung für eine mechanisch-biologische Behandlung fiel schnell, über die Frage, Anlage bauen oder Hausmüll auf dem freien Markt absetzen, rechneten und diskutierten wir länger als ein Jahr. Verantwortlich für die Hausmüllentsorgung war der Entsorgungsverband Vogtland (EVV), ein Zweckverband aus dem damaligen Vogtlandkreis und der kreisfreien Stadt Plauen. Letztlich beschlossen der Kreistag Vogtlandkreis und der Stadtrat Plauen den Bau einer eigenen Abfallbehandlungsanlage, weil so das Kostenrisiko als niedriger eingeschätzt wurde.

Natürlich hieß das nun: Vogtlandkreis und Stadt Plauen müssen diese Anlage finanzieren und ihren Haushaltmüll in ihrer eigenen Anlage behandeln lassen. Die damals kreisfreie Stadt Plauen blieb trotzdem ein eigenes Entsorgungsgebiet mit eigener Gebührenkalkulation. Die Müllgebühren blieben in Plauen niedriger als im alten Vogtlandkreis, was normal war, da ja die Transportwege für den Müll in einer Stadt wesentlich geringer und damit billiger sind als bei den weiten Fahrten durch ländliche Gebiete. Auf Wunsch blieb Plauen auch nach der Kreisgebietsreform befristet ein eigenes Entsorgungsgebiet mit eigenen billigeren Müllgebühren mit Andienungspflicht des Mülls weiterhin in der Oelsnitzer nun kreiseigenen Entsorgungsanlage.

Vor etwa zwei Jahren dann im Müllausschuss des Kreistages, zu dem nach der Kreisgebietsreform natürlich auch Mitglieder aus Plauen gehören, die große Überraschung: Plaue

nsorgung schreibt rote Zahlen! Trotzdem subventionierte Plauen weiter mit Müllgebühren seine Straßenbahn, und die Abfallgebühren wurden auch nicht erhöht. So wuchs der Schuldenberg bis zu diesem Jahr, in dem die Zusammenlegung geplant war, auf zwei Millionen. Der Müllausschuss beschloss, dass der Vogtlandkreis bei der Zusammenlegung die zwei Millionen Schulden übernimmt. Er würde dann ja auch von den kurzen Transportwegen in Plauen profitieren.

In der Kreistagsitzung, in der das Prozedere der Zusammenlegung beschlossen werden sollte, wurden die Kreisräte mit einem Beschluss des Stadtrates Plaue

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.

Dieser Beitrag wird im Januar 2013 fortgesetzt.

„NATURSCHÜTZER KRITISIEREN...“

Das war in den letzten Tagen in der Presse des Öfteren zu lesen. Der Landrat wies alle Kritik von sich und machte die Kreisräte der Ausschüsse dafür verantwortlich. Da der Landrat nun schon mehrmals seine Verantwortung auf diese abgeschoben hat, hielt ich für notwendig, mich auch in der Presse dazu zu äußern. Grundlage für meine Aussagen war das Kreistagsprotokoll vom August 2008, denn dort und nirgends anders wurde darüber entschieden.

Unsere Fraktion stellte damals die Anträge auf Bildung eines Ausschusses für Naturschutz und Landwirtschaft und die Berufung eines Naturschutzbeirates. Dabei wurden wir ganz schön abgewatscht. Leider gab es außer von den Grünen keine Unterstützung dafür. Das ist die demokratische Entscheidung gewesen, die wir angeblich akzeptieren können.

Wenn der Landrat seine Verantwortung für den Naturschutz wirklich ernst genommen hätte, dann hätte er die Diskussion anders leiten müssen. Denn das, was der Hammel vorgibt, macht seine Herde nach. Bei anderen Problemen kann er sehr überschwänglich Begründungen finden, die bei der Überzahl der Kreisräte, leider auch meistens bei der SPD, Zustimmung finden. Als Beispiel sei hier nochmals die unsinnige Finanzierung des Betriebskostendefizites beim Flughafen Hof/Plauen in Höhe von 100.000 EURO jährlich - obwohl das eine freiwillige Aufgabe ist - erwähnt, während soziale Aufgaben unter dem Kürzungswahn der Gelder leiden müssen.

Ich habe mich mit den Naturschützern in Verbindung gesetzt, um gegebenenfalls einen neuen Anlauf mit ihnen zu starten.

Karin Höfer - Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Kreistag Vogtland

DIE LICHTER FÜR DIE KINDER IN KUBA SOLLEN NOCH HELLER LEUCHTEN

Neues von der Wette: Wir stocken auf 10.000 Euro auf

Wer hätte das gedacht: Schon nach 14 Tagen habe ich die Wette um 4000 Euro für Kubas Kinder gewonnen. Meine Wettpartnerin, die immer noch unbekannte „Unternehmerin mit dem linken Herzen“, hat mich heute beglückwünscht, dann ihren Wettbetrag von 1000 Euro rübergeschoben, mich dann noch mit einem leckeren Kuss belohnt und dann... Und dann hat sie freudig gesagt: „Klaus, du willst doch wohl jetzt nicht aufhören. Denk an die Kinder von Kuba. Die Wette soll doch bis zum Jahresende gehen – oder?“ Und dann kam ihr Vorschlag: „Klaus, laß uns doch einfach die Wett-Summe erhöhen. Du wettetest um mindestens 10.000 Euro und ich werde dann am Ende oben auf eine runde Summe anheben...“

Ich hab's gemacht. Und nicht nur wegen des nächsten Kusses. Also, ab sofort geht es um mindestens 10.000 Euro plus dem Zuschlag meiner Wettpartnerin. Ich bin voll optimistisch. Denn wie die Wette bisher gelaufen ist – einfach Wahnsinn. Schon über 150 Spender und Spenderinnen haben mitgemacht – leider viele ohne ihre Ortsangabe – siehe auch die Spenderliste auf unserer Homepage www.linksdemokraten.de

Und schon geht's weiter. Wie immer gilt: Die Spenden werden am besten auf's Konto von Klaus H. Jann, 355 46 49 bei der Kreissparkasse Düsseldorf, BLZ 301 502 00 überwiesen. Und übrigens: Wer eine Spendenbescheinigung haben möchte – bitte melden... Ich hoffe, ich höre von Euch

Euer Klaus H. Jann - Roter Reporter aus Wülfrath

DIE KSČM NACH DEN TSCHECHISCHEN PARLAMENTSWAHLEN

Vor den jüngsten Wahlen erwarteten manche Beobachter für die KSČM ein Ergebnis, das eine Beeinflussung der nächsten Regierung ermöglichen könnte. Dazu ist es nicht gekommen. Die KSČM gab diesbezüglich folgende Erklärung ab (gekürzt):

23 politische Parteien und Bewegungen wurden durch 6.000 nominierte Kandidaten in der Wahl vertreten. Die Wahlbeteiligung war mit 59,5% die zweitniedrigste seit den Wahlen im Jahr 2002.

Die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde schafften die folgenden politischen Parteien und Bewegungen:

ČSSD (Tschechische Sozialdemokraten) - 20,45 %

ANO-Bewegung (rechtsgerichtet, von dem Milliardär Andrei Babis geführt) - 18,65 %

Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) - 14,91 %

TOP 09 (Neoliberale, wurde kurz vor den Parlamentswahlen 2010 gegründet) - 11,99 %

ODS (lange Zeit die stärkste Regierungspartei) - 7,72 %

Úsvit-Bewegung („Die Unteren“, geführt vom Unternehmer und Senator Tomio Okamura, eine direkte Demokratie anstrebend) - 6,88 %

KDU-ČSL (Christdemokraten) - 6,78 %

In der neuen Kammer der Abgeordneten (200 Sitze) werden 50 Sozialdemokraten, 47 Mitglieder der ANO-Bewegung, 33 Kommunisten, 26 Mitglieder der TOP-09, 16 Mitglieder der ODS und je 14 Mitglieder der Úsvit-Bewegung sowie der KDU-ČSL tätig sein.

Die KSČM ist unter den bereits im tschechischen Unterhaus vertretenen Parteien die einzige, die die Zahl ihrer Stimmen im Vergleich zu den Wahlen von 2010 vergrößern konnte (um 150.000 Stimmen bzw. 3,6%).

In Kommentaren nach den Wahlergebnissen hatte die KSČM erklärt, dass „die Wahl ein Wachsen des Vertrauens der allgemeinen Öffentlichkeit in die KSČM zeige. Die Bürger fordern wirklichen Wandel und weisen das verdeckte politische Agieren der rechtsgerichteten Parteienkoalition ab. Die KSČM wird trotz der großen Zersplitterung des Parlaments fortfahren, ihre Programme voran zu bringen und ihre Versprechen gegenüber den Wählern vor der Wahl einhalten.“

Gleichzeitig hat die KSČM erklärt, dass in und nach den Verhandlungen nach der Wahl ihre grundlegenden Ausgangspunkte weiter ihre programmatischen Hauptpunkte bleiben. Das bedeutet zuerst und vor allem, Maßnahmen zum Ankurbeln des Wachstums der Wirtschaft, Verringerung der Arbeitslosigkeit, Fördern einer progressiven Besteuerung, das Gesetz zur Offenlegung von Finanzberichten und das Gesetz für allgemeine Volksabstimmungen, um sowohl das Gesetz zur Rückgabe des Kirchenbesitzes als auch den sogenannten zweiten Pfeiler der Rentenreform zu beseitigen.

Die linksorientierte Bewegung hatte ein viel besseres Ergebnis dieser vorgezogenen Wahlen erwartet. Der Grund für das gegenteilige Abschneiden liegt hauptsächlich in dem Verlust von Wählerstimmen bei den Sozialdemokraten. Die Parteien der bisherigen Regierungskoalition haben bedeutende Verluste erlitten. Rechte Wähler sind durch die neue ANO-Bewegung angezogen worden, die dadurch das zweitbeste Wahlergebnis erzielt hat und eine Schlüsselstellung für die Bildung einer neuen Regierungskoalition erlangte. Mehr noch hat sich die Lage nach den Wahlen überraschend und unerwartet verkompliziert, als eine kleine Gruppe in der ČSSD versuchte, den Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Bohuslav Sobotka, abzusetzen. Durch diesen Vorgang wurde die ČSSD geschwächt, weil er einen Vertrauensverlust erzeugte.

Quelle: solidnet

GEDENKEN AN ZERSTÖRUNG DER SYNAGOGE VOR 75 JAHREN

Anlässlich der Zerstörung der Synagoge vor 75 Jahren folgten viele Plauer und Vogtländer der Einladung des Oberbürgermeisters Ralf Oberdorfer zum Gedenken am Standort des ehemaligen Gotteshauses der Juden an der Engelstraße.

Der Oberbürgermeister bezeichnete die Zeit der Nazis als das „grausamste Kapitel der Deutschen“ und erinnerte, dass vom 9. zum 10. November 1938 mehr als 1400 Synagogen und Betstuben zerstört wurden und mehr als 400 Juden ihr Leben verloren. Er ging auf die Vorgeschichte ein und berichtete, dass es bereits 1923 und 1924 Boykotte gab, nicht bei Juden einzukaufen. Der jüdische Friedhof wurde in dieser Zeit geschändet, und im August 1938 gab es Provokationen und Drohungen gegen Juden.

Ende der 30er Jahre lebte in Plauen die viertgrößte jüdische Gemeinde Sachsens mit 836 Mitgliedern. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Isidor Goldberg, engagierte sich sehr für den Bau der neuen Synagoge und wies schon im Oktober 1926 in einem Zeitungsartikel auf die schädliche Auswirkung der antisemitischen Angriffe für das Ansehen Plaueus hin. Nach dem Bau der Synagoge kam es schon zu Sachbeschädigungen, wobei am 17. Februar 1930 Scheiben eingeschlagen wurden.

Dr. Goldberg wurde 1933 verhaftet und kam erst nach der Zahlung der „Reichsfluchtsteuer“ frei. Juden wurden ihre Tätigkeit zum Beispiel als Arzt oder Rechtsanwalt verboten. Juden mit polnischer Herkunft wurden an die Grenze vertrieben. Immer mehr Juden verließen die Stadt. Viele kamen in Konzentrationslager. Nach dem Brand der Synagogen in der Pogromnacht wurde den Juden die Zahlung von einer Milliarde Reichsmark für den Abriss aufgezwungen. Nach dem Krieg kamen nur einige Juden zurück. Mit dem Tod David Stiefels endete das Bestehen der jüdischen Gemeinde in Plauen am 28. Dezember 1957.

Ans Rednerpult trat Thomas Geve aus Haifa (Israel) und berichtete, wie 1938 sein Vater zu ihm sagte: „Wach auf,

die Räuber sind da!“ Dann musste er als Neunjähriger sehen, wie Schuhe aus dem Laden auf die Straße flogen. Sein Vater sagte zu ihm: „Zwei Sachen sind sicher: Morgen ist keine Schule und die Synagoge brennt.“ Er überlebte das KZ in Auschwitz und wurde am 11. April 1945 in Buchenwald von deutschen Antifaschisten befreit. Über England und die Schweiz kam er nach Israel und kommt seit 2000 dreimal als Zeitzeuge nach Deutschland. Zurzeit laufe in Gera eine Ausstellung über die Judenverfolgung.



*Überlebender des Holocaust,
Thomas Geve aus Haifa / Israel*

Jens Bühring trug - von Marius Leicht am Keyboard begleitet - zur Gedenkstunde jiddische Lieder vor. Nach der Kranzniederlegung im Namen der Stadt Plauen, des Landkreises sowie des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden und der VVN-BdA Vogtland legten Schüler je eine rote Rose zum Gedenken vor die Gedenktafel.

Zwar angemeldet und dennoch spontan ging die Rentnerin Christa Seifert ans Mikrofon und berichtete aus eigenem Erleben vor 75 Jahren, wie die Synagoge brannte und der Lehrer meinte, die Schüler sollten sich freuen. Die Neunjährige erzählte es zu Hause ihrer Mutter, die darauf antwortete: „Das ist ja furchtbar. Hoffentlich brennen unsere Kirchen nicht auch einmal.“ Sie hatte es nie vergessen. Frau Seifert kam, weil sie hoffte, dass Jugendliche kommen und sie daraus lernen.

Gerd Stoppa - Plauen

GEGEN DAS VERGESSEN!

Am 2. Mai 2013 jährte sich die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten zum 80. Mal. Auch in Hof wurden die Gewerkschaftsbüros der Textil- und Bauarbeiter im Haus Marienstraße 75 durch Nazis besetzt und namhafte Gewerkschafter in Schutzhaft genommen.

Eine gut besuchte Gedenkstunde für verfolgte und ermordete Gewerkschafter fand am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, am Haus Marienstraße 75 in Hof statt. Eingeladen hatten Bernd Köhler, Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Hof und Jürgen Jakob, Regionsvorsitzender des DGB. Der DGB leistete mit diesem Gedenken einen wichtigen Beitrag, um die Erinnerung an die mutigen Frauen und Männer, die im Widerstand gegen die Nazi-Diktatur Gesundheit und Leben riskiert hatten, aufrecht zu erhalten.

Jürgen Jakob begrüßte als Teilnehmer den stellvertretenden Landrat Alexander Eberl, Uwe Bauer von der IG Metall Ostoberfranken, sowie die Kollegin Elfriede Macht. Elfriede Macht gehört seit 57 Jahren der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und der IG Metall an. Ihr kam die Ehre zu, die Gedenktafel für die während der Nazi-Diktatur verfolgten Hofer Kollegen zu enthüllen. Durch die Forschungsarbeit ihres verstorbenen Mannes Rudi Macht, langjähriger ehrenamtlicher Funktionär der Gewerkschaft Druck und Papier, konnte der gewerkschaftliche Widerstand vor dem Vergessen bewahrt werden. Rudi Macht hatte in den 90 er Jahren eine mehrbändige „Geschichte der Hofer Arbeiterbewegung“ veröffentlicht.

Vor dem Hintergrund der Debatte um die Umbenennung der nach dem früheren Nazi-Agitator Dr. Dietlein benannten Straße und den Hakenkreuzschmierereien in Hof bezog Jürgen Jakob in seiner Rede klare Positionen. Er würdigte den Mut von Gewerkschaftern wie Arthur Mähr, Konrad Opitz, Christoph Fraas und aller anderen ungenannten Kollegen, die vor und nach 1933 den Nazis Paroli boten. Kollege Jakob rief dazu auf, die Lehren daraus zu ziehen und braunem Ungeist auch heute entschlossen entgegen zu treten.

IG Metall - Hof

DREIMAL SCHNEEBERG UND DAS RECHT AUF ASYL

Antirassistische Demonstration in Schneeberg am 16. November 2013

Als wir mit dem Auto am Kasernengelände, auf dem die Flüchtlinge untergebracht sind, vorbeifahren, stellte sich spontan die Frage: Wie soll hier eine Willkommenskultur deutlich gemacht werden? Diese Floskel, von maßgeblich für die verfehlte Asylpolitik Verantwortlichen, gerne scheinheilig in den Mund genommen, schließt an diesem Ort jede Realisierbarkeit dieser Worte aus.

Kurz nach dem Passieren des kalten und nicht gerade freundlichen Ortes wurden wir von einem freundlichen Polizisten höflich darauf aufmerksam gemacht, dass wir unser Auto parken sollten, denn ab hier sei die Straße nach Schneeberg gesperrt. Na gut, noch sind wir gut zu Fuß! Zum Stellplatz der Demo war es auch nur wenige Meter, und wir waren umgeben von einer großen Zahl von jungen Antifaschisten, die sich inmitten einer Heerschar von Polizisten formierten. Na mal sehen, wie es zwischen den „Autonomen“ ist - und der Zug setzte sich in Bewegung.

Autonome - was ist das eigentlich? In den Medien liest man meist abfällige Bemerkungen, die geeignet sind, Kleinbürger zu verschrecken. Nichts dergleichen kann ich bestätigen. Diszipliniert, aufmerksam und höflich und hellwach in ihren Sprechchören!

Als mir zwei junge Antifaschisten einen Aufkleber mit der Aufschrift „Schneeberg Scheiß Drecknest“ in die Hand drückten, hatte ich einen leichten Konflikt. Früher, zu DDR-Zeiten, war ich öfter mal in Schneeberg in einem Kinderferienlager. Ich fand den Spruch ein bisschen überzogen, da ich damals nur mit netten Leuten und arbeitsamen Bergleuten zu tun hatte. Ich steckte den „Spucki“ erst einmal ein und hielt diese Kreation für jugendlichen Überschwang.

Im Laufe der Zeit war unser Demonstrationszug auf etwa 900 Leute angewachsen, und unglaublich viele Polizisten kamen als Begleitung hinzu. In den engen Straßen von Schneeberg blieb es natürlich nicht aus, dass man sich auch einmal unbeabsichtigt auf die Füße trat. Das passierte auch mir fünfmal. Dreimal folgte ein „Entschuldigung“, zweimal nicht. Und wieder dachte ich, wenn man den Polizisten wenigstens von unseren Steuergeldern einen Kurzlehrgang in Höflichkeit finanzieren könnte. Als Ort für eine Zwischenkundgebung wurde unserer Demo-Leitung ein völlig ungeeigneter kleiner Platz, 200 Meter vom Schneeberger Markt entfernt, zugewiesen. Dieser Platz verdiente echt die Bezeichnung „Polizeikessel“. Unsere Demonstration wurde von zwei Reihen Schulter an Schulter stehen-

den Polizisten umringt, mit unzähligen Kameras gefilmt. Die Teilnehmer sollten sicherlich eingeschüchtert werden. Sprechchöre, von denen ich jeden unterstützen konnte, schallten in Richtung Markt. Einer - „Wer mit den Nazis marschiert, ist selbst ein Nazi!“ - hatte vorerst nicht meine uneingeschränkte Zustimmung. Lag es mir doch fern, Bürger, die sich von den rechten Rattenfänger haben einfangen lassen, als Nazis zu bezeichnen.

Als sich meine Blase bemerkbar machte, wollte ich aus dem „Kessel ausbrechen“. An drei verschiedenen Stellen versuchte ich das - ohne Erfolg! Erst als ich den vierten Polizisten warnte, ich würde ihn an die Hose pinkeln und könnte nicht garantieren, dass sich Trittbrettfahrer finden könnten, ließ er mich laufen. Nun war ich so frei, mich in die Nähe des Marktplatzes durchzumogeln. Das war umso leichter, je näher ich dem Marktplatz kam. Kaum Polizeipräsenz spürbar. Unterwegs kamen mir Schneeberger entgegen, von denen ich annahm, sie gehörten zum „Lichtellauf“. Jeder mit einer Kerze in der Hand und einem frommen Gesicht. Erst als ich einen Mann bemerkte, der verschämt ein Plakat mit einem ehrenhaften Spruch darauf trug, wusste ich, ich bin noch jenseits der Grenze.

Fortsetzung im Linken Blick: 12/2013, Seite 7

WIEDER SETZEN! NAZIS BLOCKIEREN!

Sit down again! - Block Nazis! - Gegen Opfermythos und Naziaufmarsch.

Seit vielen Jahren versammeln sich Nazis am und um den 13. Februar in Dresden zu einem sogenannten „Trauermarsch“. Am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg wollen sie die Geschichte verdrehen und verbreiten den Mythos von der „unschuldigen Stadt“.

Seit 2010 jedoch mobilisiert ein spektrenübergreifendes Bündnis jedes Jahr zu Massenblockaden. Auch in den folgenden Jahren haben tausende Gegendemonstranten zivilen Ungehorsam geleistet und sich damit gegen Rassismus und Geschichtsrevisionismus positioniert. Mit ihrem Engagement setzten sie ein klares Zeichen: Damit kommt ihr hier nicht durch! Die deutlich ansteigende Beteiligung aus Dresden konnte die

abnehmende bundesweite Mobilisierung ausgleichen.

Nachdem sich 2012 ca. 1500 Neonazis zum Fackelmarsch versammelten, waren es 2013 noch ca. 800. Eines steht fest: der nationalistische Großaufmarsch ist und bleibt Geschichte! Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ war von Beginn an mehr als ein reines Aktionsbündnis. Zu unserer Erfolgsgeschichte gehört auch der Mahngang „Täterspuren“. Mit ihm ist es uns gelungen, für die NS-Geschichte Dresdens zu sensibilisieren und einen Kontrapunkt zur offiziellen städtischen Erinnerungspolitik zu setzen. Um den Gedenkdiskurs in Dresden auch in Zukunft mit einer kritischen Perspektive zu begleiten, werden wir dieses Projekt fortführen.

Dem großen Engagement tausender Antifaschisten steht bis heute staatliche Repression entgegen. Immer noch kriminalisieren sächsische Behörden unseren Protest durch Ermittlungs- und Gerichtsverfahren. Dabei schreckte die Dresdner Staatsanwaltschaft nicht vor Beweismittelunterdrückung zurück und Polizisten tätigten Falschaussagen vor Gericht. Dass sie damit selbst bei der berüchtigten sächsischen Justiz nicht durchkommen, verdeutlichen Freisprüche und zahlreiche Verfahrenseinstellungen in den sogenannten „Blockadeprozessen“. ...

Dresden hat immer noch eine hohe Symbolkraft für die rechte Szene. Weiterhin melden Nazis über das ganze Jahr Aufmärsche und Kundgebungen an. Für uns

KINDERRECHTE IN DEN BLICK NEHMEN

Offener Brief an Kanzlerin Merkel zur Nachwuchswerbung der Bundeswehr

Berlin, 12. November 2013. In einem offenen Brief fordern das Deutsche Bündnis Kindersoldaten, das Forum Menschenrechte, das Darmstädter Signal sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bundeskanzlerin Merkel auf, die Kinderrechte in der kommenden Legislaturperiode auch bei der Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr zu achten: Das Rekrutierungsalter für Soldaten in Deutschland soll auf 18 Jahre angehoben werden und Werbemaßnahmen der Bundeswehr bei Minderjährigen sollen unterbleiben.

„Wir sehen in unseren Projekten im Ausland täglich, welche schwerwiegenden Folgen Kriege und bewaffnete Konflikte für das Leben von Kindern haben. In Deutschland werden die Gefahren jedoch häufig verharmlosend dargestellt“, macht Dr. Jürgen Thiesbonenkamp, Vorstandsvorsitzender der Kindernothilfe, für das Deutsche Bündnis Kindersoldaten deutlich. So finden an vielen Schulen umfassende Werbemaßnahmen der Bundeswehr zur Nachwuchsgewinnung statt.

„Eine ausgewogene Beschäftigung mit der Thematik „Krieg und Frieden“ ist bei der Begegnung mit Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern an Schulen kaum gegeben“, betont die

Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Marlis Tepe. „Das Thema Friedenserziehung muss künftig einen festen Platz in den Curricula und bei der Ausbildung von Lehrkräften haben“, fordert Tepe.

Nicht nur die Werbemaßnahmen werden von den Organisationen kritisiert, sondern auch die Anwerbung minderjähriger Freiwilliger durch die Bundeswehr. „Jedes Jahr rekrutiert die Bundeswehr rund 1.000 17-jährige Freiwillige, mit steigender Tendenz. In 2012 waren es 1.216 Minderjährige. Damit ist Deutschland eines von wenigen Ländern weltweit, die Minderjährige in ihre Armeen aufnehmen“, kritisiert Danuta Sacher, Vorstandsvorsitzende von terre des hommes, für das Deutsche Bündnis Kindersoldaten. Selbst aktive Soldaten sehen das kritisch. „Vielen Freiwilligen ist in diesem jungen Alter nicht bewusst, worauf sie sich einlassen. Aus eigener Erfahrung kennen wir die Probleme sehr junger Soldaten. Oft fehlt für den Dienst die notwendige Reife“, erläutert Florian Kling, Sprecher des Darmstädter Signals, einem Zusammenschluss kritischer Bundeswehrsoldaten.

Im Gegensatz zu Deutschland verzichtet die große Mehrheit der 191 Vertragsstaaten der UN-Kinderrechtskonvention auf die Anwerbung Minderjähriger. Auch auf UN-Ebene gibt es kein Verständnis für das Verhalten Deutschlands. „Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat Deutschland bereits 2008 empfohlen, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben“, erläutert Danuta Sacher. „Die neue Bundesregierung sollte jetzt die Weichen für die Verwirklichung von Kinderrechten stellen und diese Empfehlungen umsetzen“, so Sacher.

GEW-Hauptvorstand, Ulf Rödde

als Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ steht fest: Wir werden wieder einschreiten, wenn Nazis im Februar erneut versuchen, Geschichte zu verklären und ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Die Erfahrung hat gezeigt: Sie zu ignorieren macht sie stärker. Wir waren bisher erfolgreich – wir werden es auch 2014 sein. Unsere Strategie bleibt dabei das Erfolgskonzept der Blockade. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen.

Wir sind solidarisch mit allen, die unser Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Dabei bleibt es! Und es bleibt auch dabei: Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, Blockaden sind legitim.

Mach mit! Sei dabei – No pasaran!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

„ABC DER DEMOKRATIE“ ERHÄLT SÄCHSISCHEN KINDERRECHTS- PREIS

Der Verein „Vivere – Leben für Vielfalt und Courage e.V.“ hat mit seinem Projekt „ABC der Demokratie“ an der Dr.-Christoph-Hufeland-Oberschule den dritten Platz des sächsischen Kinderrechtspreises GRIBS gewonnen. Das Projekt wurde im letzten Schuljahr durch die Projektkoordinatorin Sabine Heidler durchgeführt.

In Gruppen erlebten und thematisierten die Teilnehmenden demokratische Kultur, erprobten Konfliktlösungsstrategien und erfuhren ihre Rechte als Kinder. Bei der Verwirklichung ihrer Ideen wurden sie aktiv von der städtischen Politik, der Schulleiterin und weiteren engagierten Erwachsenen unterstützt. So erarbeiteten die Projektteilnehmer eine Ausstellung zum Thema Kinderrechte, waren als Demokratieforscher in ihrem Stadtteil unterwegs und gestalteten die Wände ihrer Turnhalle mit Graffiti neu. Mehrmals waren die Schüler beim Bürgermeister Täschner, der sich den Fragen und Anregungen der Kinder stellte und es ermöglichte, dass die Außenwände der Turnhalle neu gestaltet wurden.

Die Jury des sächsischen Kinderrechtspreises betonte in ihrer Bewertung als besonders herausragend die Haltung und Unterstützung der Stadt Plauen und der Dr.-Christoph-Hufeland-Schule den Projektkindern gegenüber. Diese schätzten die Meinung der Kinder und gaben ihnen Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld.

Das Projekt soll auch 2014 weitergeführt werden. Schulen und Interessierte können sich an den Verein Vivere wenden.

Vivere – Leben für Vielfalt und Courage e.V., Dobenastr. 9, 08523 Plauen, Telefon: 03741/149111

EINLADUNG

Alle Mitglieder der Partei DIE LINKE Ortsverband Treuen-Lengenfeld sowie alle Interessierten aus dem Gebiet Treuen-Lengenfeld sind herzlich eingeladen zur öffentlichen Mitgliederversammlung am Montag, 16.12.2013 (Achtung – neuer Termin!)

Beginn 18.30 Uhr im „Schachzimmer“ im Bürgerhaus Treuen, Sebastian-Bach-Str. 28 a (am Stadion)

Als Themen sind vorgesehen:

Wahl des Ortsvorstandes der Partei DIE LINKE Treuen-Lengenfeld.

Stand der Vorbereitung der Kommunalwahlen am 25. Mai 2014, insbesondere zur Gewinnung von Kandidaten auf der offenen Liste.

Der Abend soll mit einem gemütlichen Beisammensein ausklingen.

P. Jattke - OV-Vorsitzender

BERICHT AUS DEM KREISVORSTAND

Am 06.11.13 traf sich in Reichenbach der Kreisvorstand zu seiner monatlichen Sitzung. Themen waren wieder die Geschäftsstellenschließungen, der Finanzplan für 2014, die Wahlen im nächsten Jahr und die KMV in Theuma. Gäste bei der Sitzung waren aus Reichenbach Henry Ruß und Ina Bacher, welche über die Nutzung der Geschäftsstelle berichteten und darüber sprachen, wie man die Schließung am besten abwickeln kann. Nach längeren Gesprächen konnte man einen erfolgreichen Abschluß für beide Seiten erwirken.

Die AG Wahlen berichtete nach ihrer Neukonstituierung über ihre erste Sitzung und besprachen den Zeitplan mit den Mitgliedern des Kreisvorstandes. Zur AG-Wahlen laden wir gern alle Interessierten zur Mitarbeit ein. Des Weiteren wurden die Kommissionen zur KMV in Theuma und der Ablauf besprochen. Unsere nächste Sitzung findet am 04.12. in der Geschäftsstelle in Plauen statt.

André Hegel - Plauen

WIR GRATULIEREN

Allen Leserinnen und Lesern, die im Weihnachtsmonat Geburtstag feiern können. Unsere besonderen Grüße gehen an jene, die einen „runden“ begehen können oder über 80 Jahre jung werden:

H. Golle	Reichenbach	03. Dez
R. Hummel	Ellefeld	06. Dez
J. Michel	Oelsnitz/V.	08. Dez
I. Groll	Treuen	09. Dez
K. Kaiser	Plauen	15. Dez
H. Rott	Rützengrün	17. Dez
R. Enk	Plauen	18. Dez
C. Jacob	Lengenfeld	26. Dez
J. Keil	Oelsnitz/V.	27. Dez
I. Schmalfuß	Reichenbach	27. Dez
M. Damisch	Treuen	28. Dez

Wir wünschen allen viel Gesundheit, Kraft und Mut!

Der Vogtlandbote

LIEBE LESERINNEN UND LESER, liebe Genossinnen und Genossen,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu, ein arbeitsreiches Jahr steht vor uns. Wie die vergangenen Monate zeigten, werden die von uns zu lösenden Aufgaben umfangreicher und schwieriger. Wir sind angetreten, dem fortgesetzten Sozialabbau, der fortschreitenden Zerstörung der Umwelt und der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit Einhalt zu gebieten. Das können wir nur erreichen in gleichberechtigten Bündnissen mit Menschen und Organisationen gleichen Sinnes.

Unsere Ideale von einer solidarischen, friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft waren und bleiben Richtschnur unseres Handelns. Dafür wünschen wir allen Mitgliedern und Sympathisanten der LINKEN für das Jahr 2014 viel Kraft, viel Ausdauer, viel Erfolg und allen eine gute Gesundheit.

Glück auf!

Redaktionskollektiv des Vogtlandboten

EINLADUNG ZUR KREISWAHL VERSAMMLUNG zur Kommunalwahl

25. Januar 2013

DIE LINKE.

SCHUH DES MONATS



© Peter Smola / pixelio.de

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.11.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 13.12.2013. Die nächste Ausgabe erscheint am 06.01.2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.